

Eckpunkte
für die Festlegung
von Regelungen nach § 21 Abs. 3 Nr. 1 h) EnWG-E i.V.m. § 29 Abs. 1
EnWG für die Bestimmung des kalkulatorischen
Eigenkapitalzinssatzes für Neuanlagen im Rahmen der Regulierung
grenzüberschreitender Elektrizitätsverbindungsleitungen
selbstständiger Betreiber nach Teil 3 Abschnitt 3a des EnWG

Einführung:

Die Beschlusskammer 4 hat von Amts wegen nach § 21 Abs. 3 Nr. 1 a) und h) EnWG-E i.V.m. § 29 Abs. 1 EnWG ein Verfahren zur Festlegung von Regelungen für die Bestimmung des kalkulatorischen Eigenkapitalzinssatzes für Neuanlagen im Rahmen der Regulierung grenzüberschreitender Elektrizitätsverbindungsleitungen selbstständiger Betreiber nach Teil 3 Abschnitt 3a des EnWG eingeleitet (BK4-23/003). Nach § 21 Abs. 3 Nr. 1 h) EnWG-E kann die Bundesnetzagentur Regelungen zur Ermittlung der Netzkosten von grenzüberschreitenden Elektrizitätsverbindungsleitungen nach § 28d, einschließlich der Regelungen zur Ausgestaltung des Ermittlungs-, Antrags- und Genehmigungsverfahrens, treffen.

Ausgangslage:

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat am 02.09.2021 in dem Vertragsverletzungsverfahren C-718/18 entschieden, dass Deutschland die Elektrizitäts- und die Erdgasbinnenmarkt-Richtlinien des Dritten Energiebinnenmarktpakets aus dem Jahr 2009 (Richtlinie 2009/72/EG und Richtlinie 2009/73/EG) in vier Punkten unzutreffend umgesetzt hat. Die Verordnungsermächtigung nach § 24 EnWG und die auf dessen Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen würden durch das Unionsrecht den Regulierungsbehörden zugewiesene Befugnisse zur Festlegung von Bedingungen und Methoden unzulässiger Weise auf den Ordnungsgeber verlagern und dadurch die nationale Regulierungsbehörde in ihrer unionsrechtlich garantierten Entscheidungsfreiheit und Unabhängigkeit beeinträchtigen.

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben soll das Urteil des EuGH vom 02.09.2021 nunmehr auch hinsichtlich des vierten Klagegrundes umgesetzt und insbesondere die Zuständigkeiten bei der Ausgestaltung der Netzzugangs- und Netzentgeltregulierung an die unionsrechtlichen Vorgaben angepasst werden. Dies soll in einer Weise erfolgen, die der nationalen Regulierungsbehörde eine inhaltliche Fortführung der bisherigen Regulierungspraxis ermöglicht, soweit sie dies im Rahmen der ihr unionsrechtlich zugewiesenen Kompetenzen für sachgerecht hält. Um den Vorgaben des Unionsrechts nachzukommen, soll die Bundesnetzagentur unmittelbar mit Inkrafttreten des Gesetzes umfassende Festlegungskompetenzen erhalten, die sie befugen, die bisherigen Vorgaben der betroffenen Rechtsverordnungen (darunter ARegV,

StromNEV und GasNEV) zu ändern, sofern sie dies bereits vor deren Außerkrafttreten zum Ende der vierten Regulierungsperiode für sachgerecht erachtet.

Aufgrund des seit Anfang 2022 deutlich geänderten Investitionsvolumens- verbunden mit den einhergehenden Veränderungen des Zinsumfelds bedingt durch den in den Energienetzen nochmals erhöhten und beschleunigten Ausbau der Infrastruktur für die Energiewende wird eine kurzfristige Neuskalierung der Netzinvestitionsbedingungen erforderlich. Inflation und entsprechende Reaktionen der europäischen Zentralbank haben die Basisverzinsung deutlich ansteigen lassen. Die Beschlusskammer 4 hat vor diesem Hintergrund im Juni 2023 das Verfahren BK4-23-002 für die Bestimmung des kalkulatorischen Eigenkapitalzinssatzes für Neuanlagen im Kapitalkostenaufschlag nach § 21 Abs. 3 Nr. 1 a) EnWG-E i.V.m. § 29 Abs. 1 EnWG eingeleitet. Es wird beabsichtigt, in dem Verfahren BK4-23-002 unmittelbar nach Inkrafttreten des bereits am 24.05.2023 vom Kabinett und am 10.11.2023 vom Bundestag verabschiedeten Gesetzes zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben eine Festlegung zu treffen, die diesen geänderten Rahmenbedingungen im Kapitalkostenaufschlag Rechnung trägt, vgl. Konsultationsentwurf vom 22.11.2023¹.

Die geänderten und nochmals erhöhten Ausbaubedarfe betreffen alle Netzbetreiber. Für selbstständige Betreiber von grenzüberschreitenden Elektrizitätsverbindungsleitungen im Sinne von § 3 Nr. 31 EnWG, die nach Teil 3 Abschnitt 3a EnWG reguliert werden, findet das Instrument des Kapitalkostenaufschlags indes keine Anwendung. Die Ermittlung der Netzkosten, die auch die Eigenkapitalkosten umfasst, erfolgt für sie gemäß § 28f Abs. 1 EnWG auf Antrag für ein vergangenes Kalenderjahr. Nach § 28e EnWG i.V.m. § 21 Abs. 2 S. 1 EnWG-E werden die Netzkosten dabei auf der Grundlage der Kosten einer Betriebsführung, die denen eines effizienten und strukturell vergleichbaren Netzbetreibers entsprechen müssen, unter Berücksichtigung von Anreizen für eine effiziente Leistungserbringung und einer angemessenen, wettbewerbsfähigen und risikoangepassten Verzinsung des eingesetzten Kapitals ermittelt, soweit in einer Rechtsverordnung nach § 24 EnWG oder in einer Festlegung nach § 21 Abs. 3 EnWG-E oder nach § 21a EnWG-E nicht eine Abweichung von der kostenorientierten Entgeltbildung bestimmt ist. Um den geänderten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie auch dem Gleichbehandlungsgrundsatz nach Art. 3 GG gerecht zu werden, beabsichtigt die Beschlusskammer 4 im vorliegenden Verfahren, die im Verfahren BK4-23-002 nach § 21 Abs. 3 Nr. 1 a) EnWG-E festgelegte Methodik zur Ermittlung des kalkulatorischen Eigenkapitalzinssatzes im Kapitalkostenaufschlag auch bei der Ermittlung der Netzkosten für Neuanlagen selbstständiger Betreiber grenzüberschreitender Elektrizitätsverbindungsleitungen nach §§ 28e, 21 Abs. 2, 28f EnWG für nach dem 01.01.2024 aktivierte Anschaffungs- und Herstellungskosten Anwendung finden zu lassen. Die Methodik betreffend wird auf den im Verfahren BK4-23-002 am 22.11.2023 veröffentlichten Festlegungsentwurf verwiesen.

¹https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Beschlusskammern/BK04/BK4_91>Weiteres/BK4>Weiteres.html